



Baden-Württemberg

MINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR EUROPA



Gemeinsam für mehr Bildung
Volkshochschulverband Baden-Württemberg

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

16.12.2019



Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf (links) und Direktor des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg, Dr. Hermann Huba.

Ministerium der Justiz und für Europa und Volkshochschulverband verlängern Programm „Richtig. Ankommen. Rechtsstaatsunterricht für Flüchtlinge“ zum zweiten Mal

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: „Mit der heutigen Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung stellen wir sicher, dass dieses erfolgreiche Projekt auch in den Jahren 2020 und 2021 fortgeführt wird.“

Verbandsdirektor Dr. Hermann Huba: „Die Kurse sind deshalb so beliebt und so erfolgreich, weil sie den Rechtsstaat konkret werden lassen und ihm buchstäblich ein Gesicht geben.“

Am Montag (16. Dezember 2019) haben der Minister der Justiz und für Europa, Guido Wolf, und der Direktor des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg, Dr. Hermann Huba, die Verlängerung der Kooperationsvereinbarung über Rechtsstaatsseminare für Flüchtlinge unterzeichnet. Damit wird das Projekt „Richtig. Ankommen. Rechtsstaatsunterricht für Flüchtlinge“ für mindestens zwei weitere Jahre verlängert. 2020 und 2021 werden der Volkshochschulverband und seine Volkshochschulen jährlich bis zu 50 Rechtsstaatskurse durchführen.

Minister Guido Wolf sagte: „Der Rechtsstaatsunterricht für Flüchtlinge ist eine Erfolgsgeschichte. Wir erwarten, dass sich die Menschen, die zu uns kommen, an unsere Rechts- und Wertevorstellungen halten. Umso wichtiger ist es, diese Normen auch unmissverständlich zu vermitteln. Mit der heutigen Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung stellen wir sicher, dass dieses erfolgreiche Projekt auch in den Jahren 2020 und 2021 fortgeführt wird.“

Verbandsdirektor Dr. Huba betonte: „Dieser Unterricht ist aus zwei Gründen unentbehrlich. Zum einen, weil er die Menschen, die zu uns kommen, über die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung informiert. Und zum anderen, weil er durch die unmittelbare Begegnung der Teilnehmenden mit den Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten Vertrauen aufbaut.“

Seit 2017 wird Flüchtlingen in Baden-Württemberg Rechtsstaatsunterricht angeboten. Das Projekt „Richtig. Ankommen. Rechtsstaatsunterricht für Flüchtlinge“ ist ein Projekt des Ministeriums der Justiz und für Europa und wird von diesem finanziert. In dem Programm führen Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Landesdienst auf ehrenamtlicher Basis die Kurse durch. Mit dem Angebot sollen Flüchtlinge und Asylbewerbende, die in baden-württembergischen Gemeinden vorläufig untergebracht sind oder sich in der Anschlussunterbringung befinden, erreicht werden. Ziel ist die niedrighschwellige Vermittlung von Grundkenntnissen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Die Kurse werden in herkunftssprachlich homogenen Gruppen mit Unterstützung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern durchgeführt. Die Größe der sprachhomogenen Gruppen beträgt maximal 30 Personen. Die Teilnehmenden stammen unter anderem aus Ägypten, Afghanistan, Eritrea, Gambia, Irak, Iran, Kamerun, Somalia, Syrien, Türkei, Tunesien und der Ukraine.

Weitere Informationen:

Zum Volkshochschulverband Baden-Württemberg gehören 169 Volkshochschulen mit weit über 650 Außenstellen. Die Einrichtungen vor Ort bieten ein flächendeckendes Netz an vielfältigen Angeboten zur Allgemeinbildung, einschließlich der politischen Bildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung, zur Gesundheitsbildung, in den Sprachen, zum Thema Integration und zur beruflichen Qualifizierung sowie in der Alphabetisierung und Grundbildung. Informationen über die Arbeitsfelder der Volkshochschulen finden Sie auf der Homepage des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg: www.vhs-bw.de

Kontakt:

Athanasia Tsantou-Kiesow, Pressestelle, Volkshochschulverband Baden-Württemberg,
Raiffeisenstraße 14, 70771 Leinfelden-Echterdingen, Telefon: (07 11) 7 59 00 68,
E-Mail: tsantou@vhs-bw.de

Ministerium der Justiz und für Europa, Pressestelle, Schillerplatz 4, 70173 Stuttgart,
Telefon (0711) 279-2103, Telefax (0711) 279-2106, pressestelle@jum.bwl.de,
www.justiz-bw.de, www.service-bw.de